



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 3

*

solidaritaet@gmx.at

*

Juli 2024

Noch mehr Krieg?!

Weltweit 2.280 Milliarden Euro für Kriegsrüstung

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine genauso wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege der USA verurteilen, z.B. gegen Jugoslawien (unter Mithilfe von Deutschland), oder der USA gegen Afghanistan, Irak, Vietnam usw., oder auch anderer Länder.

Wer die Vorgeschichte des Ukrainekrieges (absichtlich) ausblendet und einen (NATO)-Krieg gegen Russland propagiert, arbeitet auf einen großen Krieg hin.

Wie die USA, die EU, Deutschland. Wie Frankreich, dessen Präsident Macron im eigenen Land die Kriegswirtschaft per Gesetz eingeführt hat und die (Atom)-Aufrüstung Europas (EU) fordert.

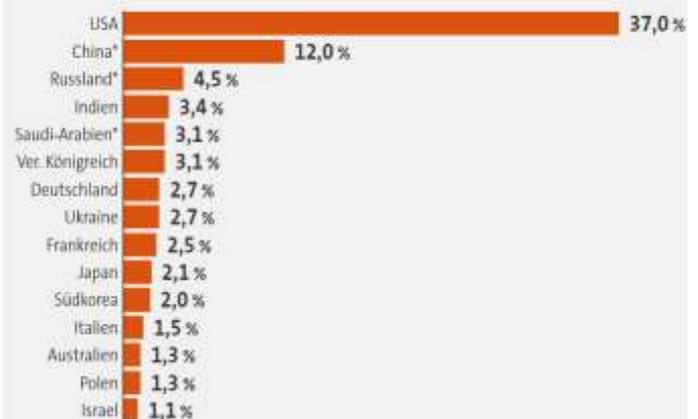
Oder wie Polen, dessen Außenminister Sikorski einen Sieg über Russland für möglich hält, weil „Russlands militärisches und wirtschaftliches Potenzial im Vergleich zu westlichen Staaten 'verblasst' sei und die NATO über dreimal so viel militärisches Potenzial, dreimal so viele Luftfahrzeuge und viermal so viele Schiffe wie Russland verfügt“ (heute, 25.4.24). Oder wenn Polens Staatspräsident Andrzej Duda sagt: „Wenn unsere Verbündeten (NATO, Anm. d. Red.) beschließen, im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atomwaffen auf unserem Territorium zu

stationieren, um die Ostflanke der NATO zu stärken, sind wir dazu bereit“ (heute, 25.4.2024). „Russland würde einen Krieg gegen NATO verlieren“ (heute, 25.4.2024).

Wir lernen: Russlands ständig beschworene Übermacht ist nichts als Propaganda und Angstmache, um Vorwand und Anlass zu haben, selbst enorm wie noch nie zuvor für neue Kriege hochzurüsten. Im Jahr 2023 wurden dafür laut dem Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut (SIPRI) 2.280 Milliarden Euro ausgegeben! (<https://orf.at/stories/3355130/>).

Militärausgaben 2023

Ranking | Anteil der Länder mit den höchsten Ausgaben weltweit



Quelle: SIPRI; Grafik ARD/Tagesschau; *Schätzungen lt. SIPRI. In den obigen Prozentangaben sind die 100 Mrd. Euro Sonder-Rüstungsbudget Deutschlands nicht enthalten.

Fortsetzung Seite 2



41-Stunden-Woche: Lohnraub, Scheindebatten und Wirklichkeiten

Die Industriellenvereinigung verlangt, dass die gesetzliche Wochenarbeitszeit (dzt. 40 Stunden) auf 41-Stunden ohne mehr Geld dafür, erhöht wird. Das wäre glatter LOHNRAUB! ÖVP-Ministerin Edtstadler (gar nicht dafür zuständig) signalisiert Zustimmung. Nach massiven Protesten aus Gewerkschaft, AK und SPÖ, sagt Bundeskanzler Nehammer: Nein, eine 41-Stunden-Woche komme für ihn nicht in Frage. Sturm im Wasserglas? Ja und Nein.

Fortsetzung Seite 2

Noch mehr Krieg?!

Das Krieg führende Russland hatte 2023 jährliche Rüstungsausgaben von 100 Mrd. Euro – etwa genauso viel wie Deutschland, das die mit Abstand größten Militärausgaben in West- und Mitteleuropa aufweist (ARD, Tagesschau, 22.4.2024;

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ruestungsausgaben-nato-sipri-100.html>).

USA und NATO zusammen kommen auf 1.300 Milliarden Euro für Kriegsrüstung.

Ein Vergleich schafft Klarheit:

NATO + Ukraine		Russland
Aktive Soldaten:	4.170.000	1.320.000
Gepanzerte Fahrzeuge	92.100	7.000
Kampfpanzer	16.682	3.560
Kampfflugzeuge	14.852	912
Atomsprengeköpfe	5.943	6.255

Quelle: NATO, Statista, Kurier, 9. 6. 2024

Wer bedroht also letztlich wen?

Zur Vorgeschichte des Ukrainekrieges

Siehe z.B. das Fakten-Kabarett "Die Anstalt", 29. 4. 2014 <https://www.youtube.com/watch?v=1LONPFtPIGY> <https://www.youtube.com/watch?v=1LONPFtPIGY> sowie unsere Zeitungen, z.B. www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2021/06/GGAE_2-21_HP_end.pdf, bzw. www.atomgegner.at unter Aussendungen/Positionen.

Europas Rüstungsausgaben

Alein in den letzten zwei Jahren sind diese um 15% auf 550 Mrd. Euro gestiegen.

Ein Hauptgewinner ist der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall. Der Aktienkurs stieg seit dem Ukrainekrieg um über 500 Prozent!



Aktienkurs der Rheinmetall vom 1.1.2022 – 22.5.2024. ORF, Eco Spezial, 23.5.2024; Wer an der Aufrüstung verdient.

41-Stunden-Woche

Die Türkis-Blaue-Regierung hat bereits 2018 die Möglichkeit von 12-Stunden-Tag und der 60-Stunden-Woche eingeführt. Der Hauptgrund der „Debatte“ ist:

- 1) dem weiteren Zuspruch in der Bevölkerung für eine Arbeitszeitverkürzung, insbesondere der SPÖ-ÖGB-AK-Forderung nach einer schrittweisen Verkürzung auf 32 Stunden, medial etwas entgegenzuhalten. Motto: Angriff ist die beste Verteidigung
- 2) will sich Nehammer in Vorwahlzeiten als „Verteidiger“ der 40-Stunden-Woche und als „harter Mann“ gegen die Forderung der Industriellenvereinigung inszenieren
- 3) soll auch von der zig-Milliarden-Benko-Spekulations-Pleite und der Politikorruption dabei abgelenkt werden
- 4) soll davon abgelenkt werden, dass immer mehr Firmen aus Profitgründen Beschäftigte kündigen – und die verbleibenden dann unter noch mehr Druck noch mehr arbeiten müssen, was ebenfalls Lohnraub, aber auch Gesundheitsraub bedeutet. So haben z.B. ams-OSRAM oder Magna die Kündigung von jeweils 500 Beschäftigten angekündigt. Bei Telekom A1 sollen 2.000 bis 3.000 der 6.500 Arbeitsplätze in Österreich gestrichen und nach Bulgarien verlagert werden, usw. usf.

Gaza-Krieg:

Kriegsverbrechen dürfen nicht ungestraft bleiben



Die kürzlich getroffene Entscheidung, des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH), neben einigen Vertretern der islamistischen Hamas auch den amtierenden

Premierminister Israels, Benjamin Netanjahu, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen, hat bei einigen politischen Beobachtern für Erstaunen gesorgt. Westliche Politiker:innen, darunter der österreichische

Bundeskanzler Karl Nehammer, zeigten sich irritiert, dass Benjamin Netanjahu scheinbar in einem Atemzug mit der Hamas genannt wurde. Benjamin Netanjahu selbst sprach von einer „neuen Form des Antisemitismus“.

Wie immer man die Verbrechen der Hamas einschätzt, nichts rechtfertigt den Völkermord der israelischen Regierung am palästinensischen Volk. Die Wahrheit ist auch, dass der IStGH klar zwischen den Verbrechen der Hamas und denen Israels differenziert hat. Einzig und allein der Zeitpunkt der Anklage war derselbe.

Wir als Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg begrüßen den Schritt des IStGH, auch mächtige Politiker:innen wie Benjamin Netanjahu anzuklagen, und sie mit offensichtlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht mehr davonkommen zu lassen. Das gleiche muss natürlich weltweit für alle Politiker:innen gelten.

USA: Die größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt!

Sie betreiben Staatsterror gegen die Völker dieser Welt

Nein, es geht nicht um unsere Werte, nicht um Menschenrechte, nicht um Freiheit. Es geht dem großen Kapital um Rohstoffquellen und Einflussphären, um Milliarden Profite. Dafür sollen die Menschen wieder in den Krieg ziehen und bereit sein zu sterben!

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab! Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen.

Dieser Krieg hat jedoch nicht mit Russlands Angriff auf die Ukraine begonnen. Diesem Krieg ging 2014 ein faschistischer Putsch in der Ukraine gegen den demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch voraus. Nach dem Putsch hat das ukrainische Militär und rechtsextreme Truppen in den Provinzen Donezk und Lugansk bis Februar 2022, dem Beginn des russischen Krieges, laut OECD ca. 14.000 Menschen getötet.

Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gleichzeitig ein Krieg zwischen den USA, dem privatkapitalistischen Staat mit seinen Dollar-Milliardären samt einem Militärbudget von ca. 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt und Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären mit einem Jahresmilitärbudget von 100 Milliarden Dollar und ca. 25 Militärstützpunkten in neun ehemaligen Sowjetrepubliken und einen in Syrien. (Alle NATO- Staaten zusammen haben ein Budget von ca. 1.400 Milliarden Dollar pro Jahr, also ca. das 14fache von Russland!) Russland steht den USA gegenüber, welche die Ukraine finanzieren und vor allem militärisch aufrüsten. Die USA planen seit Gründung der NATO 1949, zunächst die Sowjetunion, danach Russland zu schwächen. Sie haben unter anderem Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien und jüngst auch Finnland in die NATO aufgenommen und versuchen damit Russland zu isolieren. Nach dem Ende der Sowjetunion und der darauf folgenden starken Privatisierung, die der erste Präsident Russlands, Jelzin (1991-1999), forcierte, kam am 1. Januar 2000 Putin an die Macht, der der Privatisierung Grenzen setzte und dafür ein staatskapitalistisches Oligarchen-System ausbaute.

Die USA benutzen die ukrainische Bevölkerung, um einen Sturz Putins zu erreichen bzw. wieder ein System wie unter Jelzin herbeizuführen, d.h. mit immer weiterem privaten Ausverkauf der Wirtschaft der Ukraine. Letztlich wollen sie sich die kontinentale Landmasse Russlands mit seinen riesigen Boden-, Süßwasser-, Erdöl- und Erdgasschätzen) aneignen bzw. unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ihr Ziel ist, die Entstehung von einem oder mehreren privat-kapitalistischen Staaten auf dem jetzigen Territorium Russlands voranzutreiben, um so über große privatwirtschaftliche Konzerne und ihren willigen Politikern dieses riesige Gebiet auszubeuten und ihren geostrategischen Interessen unterzuordnen.

(siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzeziński #Die_einzige_Weltmacht_1997)

Die USA, die einzige Supermacht, ist der gefährlichste und aggressivste Staatsterrorist der Welt.



Die USA führen Kriege im Namen von „Frieden, Freiheit, Demokratie“

Die USA hat u.a. die Region des „Nahen Osten“ durch ihre Kriege zur „Neuordnung der arabischen Welt“ in ein Trümmerfeld verwandelt, die Kriege gegen den Irak 1993/2003, gegen Libyen 2011, gegen Syrien von 2011 bis heute.

Bereits 1997 haben prominente Mitglieder der Georg W. Bush-Regierung, wie Dick Cheney und Donald Rumsfeld in einem wichtigen Strategiepapier bezüglich des Iraks u.a. geschrieben: *„Das Regime von Saddam muss gestürzt werden, und der gesamte Mittlere Osten muss gemäß US-Planung umgestaltet werden. Diese Umgestaltung ist schwierig und „dauert normalerweise sehr lange, wenn nicht irgendein katastrophales und katalysierendes Ereignis kommt wie ein neues Pearl Harbour.“* (PNAC=Project for the New American Century Rebuilding Americas's Defenses 1997, S.51) Das heißt, es braucht Vorwände, Sündenböcke, Feindbilder, es braucht Bedrohungsszenarien, um die Milliarden Dollar (und Euro) an Steuergeldern für Rüstung und Krieg vor den Menschen zu rechtfertigen! Der Islam bzw. islamische Terroristen dienen und dienen als ein Vorwand für Aufrüstung und Krieg.

2003 schrieb der US-General Wesley Clark, der 1999 den US-Angriff auf Serbien und Montenegro dirigierte, dass es seit 10 Jahren einen Geheimplan von Bush zum US- Krieg gegen sieben Länder gab. Da heißt es:

„Als ich im November 2001 durch das Pentagon zurück lief, hatte einer der älteren diensthabenden Militäroffiziere Zeit für eine Unterhaltung. Ja, wir sind

nach wie vor dabei gegen den Irak vorzugehen, sagte er. Aber da war noch mehr. Dies ist als ein Teil eines über fünf Jahre geplanten Feldzugs diskutiert worden, sagte er, und da gab es insgesamt sieben Länder, angefangen mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia und Sudan.“(S.130)...Und General Clark endet: „Gewiss, dies ist völlig identisch mit dem Masterplan der US-Neokonservativen „Neugestaltung von Amerikas Verteidigung““.

(Wesley Clark: Winning Modern Wars, 2003 u. Neugestaltung von Amerikas Verteidigung = Rebuilding Americas's Defences, Projekt für ein neues America-PNAC, August 2000.)

Schon lange vor 2001 hatte also das Pentagon, das US-Verteidigungsministeriums, man müsste es unbedingt Kriegsministerium nennen, 5-Jahres-Pläne zum Krieg gegen den **Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia** und Sudan. Gegen die fettgedruckten Länder führten die USA dann auch schon Krieg, im Libanon tat es Israel für sie. Die USA hat für ihre Kriege jeweils ein Bedrohungsszenarium erfunden und dieses Bedrohungsszenarium als Vorwand für ihre Kriege verwendet.

Die Folgen der US-Kriege im Nahen und Mittleren Osten waren und sind verheerend!

Irak-Kriege: 2 Millionen Tote, 2 Millionen Flüchtlinge im Inland, 2 Millionen Flüchtlinge ins Ausland, Zerbombung und Verwüstung der Städte und des Landes.

Libyen-Krieg: ca. 30.000 Bomben abgeworfen, ca. 50.000 getötete Libyer. **Syrien-Krieg:** 400.000 Tote, ca. 800.000 Verwundete, 4 Millionen Flüchtlinge ins Ausland, ca. 7,6 Millionen Binnenflüchtlinge. Die USA haben den Völkern in der Region Krieg und Tod gebracht, sie haben die ganze Region in einen Trümmerhaufen verwandelt.

Bedrohungsszenarien der US-Kriege:

Die Kriege der USA liefen alle unter dem Slogan „Krieg gegen den Terror“, gegen den islamischen Terror. Bei all den Schlachtfeldern dieser US-Kriege handelte es sich um islamische Länder. Bei den meisten Kriegen wurde behauptet, der Feind bedrohe den Westen, ja er wolle ihn gar vernichten. Das für den **Irak-Krieg 2003 inszenierte Bedrohungsszenario** war die CIA-Lüge, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen besitze und somit den „Westen“ bedrohe. Der CIA hat später zugegeben, dass es im Irak gar keine Massenvernichtungswaffen gab. Beim **Libyen-Krieg** war der Vorwand die **Lüge**, dass Gaddafis **Luftwaffe** friedliche Demonstranten **bombardiere**, die eigene Bevölkerung abschlachten würde. Doch selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates gab an, dafür keine Beweise gesehen zu haben. Zuletzt, beim **Krieg gegen Syrien**, dienten als **Bedrohungsszenario vor allem die Chemiewaffen**, von denen der Westen behauptet, Assad habe sie gegen die Opposition eingesetzt. Es wurde jedoch längst nachgewiesen, dass die Chemiewaffen (Sarin) in Syrien nicht aus syrischen Armeebeständen stammten, wie bei uns bis heute behauptet wird, sondern sie sind von den Westmächten bzw. deren Verbündeten Saudi-Arabien bzw.

der Türkei der syrischen Opposition zur Verfügung gestellt worden.

Bedrohung durch islamische Söldner

Als 2014 der „Islamische Staat in Irak und Syrien“(ISIS), später „Islamischer Staat“(IS) genannt, auftauchte, behauptete Präsident Obama, man wisse nicht, wieso der ISIS auftauchte. Und Obama weiter: ISIS (ca. 20 000 Mann) sei die stärkste regionale Macht, so dass es 30ig Jahre brauche, den ISIS zu besiegen. U.a. log hier Obama. Die USA hat seit ca.17Jahren islamischer Söldner bezahlt. Der ISIS haben schon damals Waffen und Geld von den USA erhalten und erhält es heute noch. Seine Führer wurden zum Teil in den USA ausgebildet. Die Geschichte zeigt, dass die USA schon noch viel früher Sunniten und Schiiten gegeneinander aufhetzten und unterstützten. Daneben bombardieren sie bis heute immer wieder Mal IS-Stellungen, töten IS-Söldner, um den Anschein aufrechtzuerhalten, dass sie Gegner der islamischen Söldner seien, die sie doch selbst finanzieren.

Söldner = Terrortruppen

Präsident Eisenhower hat schon 1957 auf das Schüren der Widersprüche zwischen Sunniten und Schiiten gesetzt, den gewaltsamen Djihad als Waffe gegen die den USA nicht genehmen Regimes zu verwenden. Eisenhower: „Wir sollten alles tun, um den Aspekt des „heiligen Krieges“ zu betonen“. Und laut dem US „Bruce-Lovett“ Report hatte der CIA schon seit 1957 Umsturzpläne für Jordanien, Syrien, Iran, Irak und Ägypten. Seit 1990 hat sich die Islam-Hetze vor allem in den USA verschärft. 1991/92 spricht die NATO u.a. vom „Krieg gegen den Terror“ und meinte den Islam.

Schon seit mehr als 10 Jahren ist bekannt, dass die USA und ihre Verbündeten, damals Saudi-Arabien, Türkei und Israel, seit langem private sunnitische Söldnertruppen finanzieren, allen voran Al Qaida und ISIS. So wollen die USA ihre Kriegsziele erreichen, ohne selbst Bodentruppen einsetzen zu müssen und so die Gefahr zu vermeiden, eigene Verluste zu erleiden. Die USA haben schon 2007 gemeinsam mit Saudi-Arabien und Israel eine regionale Armee von sunnitischen Terroristen gegründet und unterstützt, um speziell die Regierungen des Irans und Syriens zu stürzen. Zum Beispiel hat das israelische Militär während des Syrien-Krieges ISIS-Terroristen, die das syrische Regime bekämpften und bis heute bekämpfen, unterstützt. Israels Militär versorgte ISIS-Söldner mit Material, trainierte sie und behandelte später verletzte IS-Söldner in Israels Spitälern. Bis heute unterstützt Israel islamistische Söldner. Ende März 2024 hat das israelische Militär koordinierte Angriffe auf syrisches Staatsgebiet gemeinsam mit Terroristen des Al-Qaida Ablegers Halat Tahrir Al-Sham (früher al-Nusra-Front) durchgeführt. Bei diesem Angriff starben mehr als 50 Menschen. (junge Welt 6./7.April 2024)

Doch zurück zu 2012: Laut Bericht des US-Geheimdienstes Defense Intelligence Agency (DIA) sahen die USA schon damals voraus, dass in Folge ihrer Unterstützung der Islamisten „ideale Bedingungen für Al Qaida geschaffen sind, um in ihre Hochburgen in Mosul und Ramadi zurückzukehren ...“ und „... ISIS ... durch die

Vereinigung mit anderen terroristischen Organisationen in Syrien und Irak auch einen islamischen Staat ausrufen“ könnte. (<https://levantreport.com/2015/05/19/2012-defense-intelligence-agency-document-west-will-facilitate-rise-of-islamic-state-in-order-to-isolate-the-syrian-regime/>).

Das heißt, die USA haben all die „Erfolge“ der ISIS und der Al Qaida erst möglich gemacht! Sie zahlten und zahlen den islamischen Söldnern 100te Millionen Dollar bzw. liefern ihnen Waffen für 100te Millionen Dollar. Diese Terroristen wurden zuerst im Irak, dann in Libyen und dann auch in Syrien eingesetzt.

Der republikanische US-Senator John Mc Cain traf im Übrigen am 27. Mai 2013 in Idlib/Syrien den Führer von ISIS Abu Bakr Al Baghdadi! Dieser erhielt daraufhin auf Betreiben McCains von den USA weiter modernste Waffen, Geld und ein Training vom CIA in Jordanien. ISIS war damals Teil von Al Kaida. Die Gruppe gehörte zu den syrischen Rebellen, die mit Geld und Waffen des US- und des britischen Geheimdienstes unterstützt wurden. (<http://talkandchats.blogspot.co.at/2014/08/abu-bakr-al-baghdadi-met-john-mccain.html>)

Die deutschen Wirtschaftsnachrichten (DWN) zitierten 2015 ebenfalls den Bericht des US-Geheimdienstes DIA, laut dem die USA in der Entstehung des „Islamischen Staates“ eine Chance sahen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Das oberste Ziel war der Sturz von Assad. (DWN 25. 05. 2015).

Die Nachschublinien des ISIS liefen durch das NATO-Land Türkei: Das NATO-Mitglied Türkei ließ eine Flut von Versorgungsgütern, Kämpfern und Waffen über seine Grenzen, um die Stellungen der ISIS in Syrien zu versorgen. (<http://politik-im-spiegel.de/tag/tony-cartalucci/> 5.Dezember 2014).

Und der renommierte Journalist Naffez Ahmed schrieb ebenfalls, dass „das Pentagon den Aufstieg des, Islamischen Staates als strategische Chance sah, um das syrische Regime zu destabilisieren“. Ahmed weiter:

„Der Aufstieg des IS hat dazu geführt, dass es neue Maßnahmen zum Kampf gegen den Terrorismus gibt – wie die Massenüberwachung und die Orwell'sche Pflicht der Bürger, sich gegenseitig zu bespitzeln. Pläne, die die Regierungen diesseits und jenseits des Atlantiks in die Lage versetzen, Medien zu zensieren,

zielen unverhältnismäßig auf Aktivisten, Journalisten und ethnische Minderheiten, vor allem Muslime...“

(Naffez Ahmed zitiert in: www.deutsche-wirtschaftsnachrichten-de, 25.05.15 USA haben Entstehung des Islamischen Staates bewusst nicht verhindert.)



Pläne für weiteren Staats-Terror

P. C. Roberts, stellvertretender Finanzminister unter Reagan 1981, schrieb am 19.09.2016

„ ... der Terrorismus ist Washingtons Werkzeug um Syrien zu destabilisieren,

dann den Iran, und dann die muslimischen Provinzen von Russland und China“! (Paul Craig Roberts: Will Russia Surrender? <http://www.paulcraigroberts.org/>)

Tony Cartalucci, Journalist:

„Es ist keineswegs ein Bürgerkrieg in Syrien, es ist eine Invasion von einem NATO-Territorium aus.“ ... „Die ISIS stellt das Söldner-Expeditions-Corps der NATO dar, das ihre Feinde stellvertretend in Libyen in Nordafrika bis zum Libanon und Syrien, in der Levante bis nach Irak und sogar bis an die Grenzen des Iran bekämpft.“ ...„IS ist eine Stellvertreter-Armee, die nicht nur dazu bestimmt wurde, Syrien und den Irak zu zerstören. Wenn es nach den Plänen des Westens geht, soll die Terror-Organisation auch im Iran tätig werden, in der Kaukasus Region des südlichen Russlands und Zentralasiens“...„Dieser Krieg wird noch länger dauern, bis die Menschen im Westen verstehen, dass ihre Regierungen keinen „Krieg gegen den Terror“ (den IS etc.) führen, sie führen einen Terrorkrieg“.
Einen Krieg des Terrors gegen die Völker dieser Welt.

(Why the West Won't Hit ISIS. Where it Hurts, 24.11.2015 / Cartalucci – NEO/ <http://journal-neo.org/author/tony-cartalucci>. Tony Cartalucci diente in jungen Jahren beim US-Marine Corp. Er lebt in Bangkok und hat einen unabhängigen alternativen Nachrichten Blog. www.landdestroyer.blogspot.com)

Bundesheer-Manöver “Schutzschild 24” tritt die Neutralität und den Friedenswillen der Österreicher mit Füßen

ACHTUNG: Das Bundesheer des neutralen Österreich übt den NATO-Beistand und erklärt die eigene Bevölkerung zum Feind!

Sky Shield: Ministerin Tanner unterschreibt eine weitere Absichtserklärung zum NATO-EU-Sky Shield – mittlerweile sind da bis zu 7 Mrd. Euro auch für US- bzw. US-israelische Langstrecken-raketen-Kauf vorgesehen – am Parlament vorbei.

WEP 4: Nehammer, Tanner und Schalenberg wollen mit den anderen drei

Neutralen (Malta, Irland, Schweiz) als „WEP 4“ (westeuropäische Partner der 4) eng mit der NATO kooperieren.

Schutzschild 24: vom 10. - 21. Juni lief das seit 10 Jahren größte Bundesheer-Manöver in Österreich: Mit 7.500 Soldaten, gemeinsam mit anderen NATO-Staaten (Deutschland, Schweden, Kroatien Bosnien und Herzegowina,

Montenegro) auf dem Boden des neutralen Österreich. Geübt wird der Einsatz gegen Bedrohung von außen und von innen! Nach „Übungsannahme“ müsse Österreich „moralisch“ einem anderen völkerrechtswidrig überfallenen Land durch Militärtransporte durch Österreich zur Hilfe eilen und im Inneren, also in

Fortsetzung letzte Seite

A so a Schas!

Methan bei Efflationen und Flatulenzen (Rülpsern und Furzen) wiederkäuender Nutztiere.

Methan ist in letzter Zeit zunehmend in den Fokus der Klimadiskussion gerückt. Wie CO₂ ist auch dieses Gas während der industriellen Entwicklung auf das doppelte angestiegen und obwohl es nur 2 parts per million (ppm) der Atmosphäre ausmacht (CO₂ liegt mittlerweile über 400 ppm), ist es wegen eines 84 mal höheren Speichervermögens für Hitze für etwa die Hälfte der von Menschen verursachten globalen Erwärmung von 1,1°C verantwortlich.

84 Prozent der weltweiten Methanemissionen werden überwiegend durch die Erdöl- und Erdgasindustrie, aber auch durch Mülldeponien, Ausbeutung von Bodenschätzen, den Ackerbau und dem Auftauen von Permafrostböden verursacht, 16% durch die Haltung von Nutztieren. Von diesen 16% Methan werden 35% von Rindern für die Fleischproduktion, 30 % von Rindern für die Milchproduktion, 18% von Schafen, Ziegen und Büffeln und 20% von anderen Nutztieren wie Schweinen und Hühnern ausgeschieden.

Da man in unserem Wirtschaftssystem die Großindustrie aber nicht schmälern oder gar beleidigen darf, ein Umschalten von russischem Erdgas auf Fracking-Gas die Methanemissionen zudem noch verschlimmert und großtechnische Lösungen, wie ein, dem "Carbon (CO₂) - Capturing analoges Methan-Capturing noch unrealistischer ist, als dieses, konzentriert man sich auf die 10 Prozent Methan von den Rindern. Rülpsern und Furzen muss ja auch nicht aufwendig näher akademisch erklärt werden.

Aber auch hier mangelt es nicht an Ideen, wie man Volksvermögen (Steuergelder) zu Konzernen der Pharma- und Agrarindustrie verschieben kann. Zwei dieser "großartigen" Umwelt-Ideen werden in den USA schon aktiv umgesetzt.

Projekt 1: Methan wird zu CO₂ verbrannt

Amerikanische "Tierfabriken" erhalten Millionen aus Steuergeldern zur Installation von Einrichtungen, die Methan aus Massenstallungen aufsaugen und zu dem "weniger gefährlichen" CO₂ verbrennen. Allein im Bundesstaat Wisconsin sind schon 15 solche Systeme im Einsatz. Manche Ökologen zeigen dabei auf, dass für solche Betriebe die Erträge aus der Methanverbrennung schon höher sein könnten als die aus der Milchproduktion. Dabei ist dieser amerikanische Zugang zur "Windenergie" nicht einmal sehr neu. Schon bei der **Klimakonferenz 2009** in Kopenhagen hat der damalige Vertreter des US-Landwirtschaftsministeriums Tom Vilsack verkündet, dass gerade diese Form des "Klimaschutzes" in Tierfabriken ein Kernstück der von Präsident Barack Obama propagierten "Climate Change Agenda" sei. Große

Ideen brauchen halt immer auch etwas Zeit für ihre Umsetzung auch bei Nobelpreisträgern.

Projekt 2: Impfung gegen Methan Rülpsern und Furzen

Der zweite sogenannte Lösungsansatz wird getragen von Big Pharma und dabei von der Impffobby, angeführt vom „Chefvirologen“ Bill Gates. Aus dem Klimawandel wird auch hier Kapital geschlagen. Einem von dieser Seite finanzierten Bostoner Biotech-Startup Unternehmen AgriZeroNZ gelang kürzlich der Durchbruch bei der Entwicklung eines Impfstoffes für Rinder, der sich gegen die Methan produzierenden Mikroorganismen im Rindermagen richtet und so die Methanemissionen vermindert.

Diese Reduktion beträgt zwar nur etwa 25%, aber man kann sicher die elend lebenden Milch- und Fleischtiere, die ohnehin mit Stärke (Mais), Zucker und sonstigen Zusätzen total an die Leistungsgrenzen getrieben werden, durch "Booster-Impfungen", möglichst kombiniert auch gegen die momentan in den USA massiv verbreitete Vogelgrippe zu höherer Methanresistenz treiben. Vielleicht können dabei auch Impfkampagnen für Menschen inkludiert werden, was ja ganz dem von der WHO, dem WEF (World Economic Forum) und zahlreichen anderen Organisationen propagierten „One Health“ Gedanken entspräche. One Health meint dabei: Gesundheit für Mensch, Tier, Pflanzen und Umwelt.

Echte Umsetzung von One Health

Anstelle obiger Industrielösungen bestünde auch eine sehr umwelt- und tierfreundliche Lösung zur Methanreduktion bei Wiederkäuern. Man müsste die Tiere nur einfach, wie seit 10.000 Jahren bekannt, auf landwirtschaftlich ohnehin anders nicht verwertbarem Grasland weiden lassen und im Winter wie gehabt Heu verfüttern. Diese tiergerechte Haltung würde die Methanemissionen um bis zu 70 Prozent vermindern und wäre ein Segen für die Umwelt. Die mögliche Reduktion in der Produktion würde vorhandene Überschüsse vermeiden und selbst wenn es zu einer Verminderung unseres Konsums kommen sollte, wäre das ein Gewinn für das Gesundheitssystem.

Es bleibt zu warten, welche industrielle Lösung letztlich die EU verordnet – die Weidelösung ist kaum denkbar. Wird man uns die Rinderfurze als Biogas verkaufen oder die Impfung als „One Health“.

Das Spinnen von Stroh zu Gold gibt es nur im Märchen, aber wie mit einem „Schas“ Millionen von mühsam erarbeiteten Steuergeldern der Bevölkerung von neokapitalistischen Soziopathen gestohlen werden können, das wird uns wieder einmal deutlich demonstriert.

Übrigens bilden alle Lebewesen Methan, auch wir Menschen. Da die Menge stressabhängig ist, wird empfohlen sich im Sinne der Umwelt, über böartige und schädliche Entscheidungen der Politik mehr zu wundern als zu ärgern. Vielleicht kann auch ein Teil der doch unvermeidlichen Erregung in die Unterstützung friedlicher und umweltfreundlicher Projekte gelenkt werden.



Klimachance – Lebenschance

Vom Verlust und beispielhaftem Wiedergewinn von Mooren im Waldviertel:

Während die „große Politik“ unter dem Druck der Landwirtschaftsindustrie sehr zögerlich mit einer Förderung der Renaturierung von Mooren umgeht, haben Mitarbeiter des Naturschutzbundes im niederösterreichischen Waldviertel in zehnjährigem Bemühen zahlreiche Moore renaturiert. Dazu gehören z.B. der Moorwald in Gebharts; Gemeindeau, Hochmoore und das Niedermoor in St. Martin. Im Zuge dieser Arbeit wurden befestigte Ufer zurückgebaut, um so Flüssen

wieder natürliche und ruhige Bewässerungsmöglichkeit zu geben und Sickerwasser in Moore abgeben zu können. Mit Schaufel und Krampen marschieren sie los, die Moorretter und verschaffen den Überresten alter Moore etwas Wasserzufluss in ihre Stauräume, damit bedrohte Tier- und Pflanzenarten einen Schutzraum darin finden können. Moorexperte Schmidt nennt diese Arbeit seiner Gruppe ein Gebot der Stunde, da beinahe sämtliche Moore in NÖ in der Vergangenheit massiv gestört wurden. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, die noch immer stattfindenden Eingriffe in noch vorhandene Moore zu verhindern. Hier fehlen auch die entsprechenden Beschlüsse von Parlament und Landtagen, damit dieser wichtige Teil der Natur, der vor etwa 10.000 Jahren nach der letzten Eiszeit entstanden ist, erhalten bleiben kann. Moore sind für den Klimaschutz sehr wichtig, so Experte Schmidt, da sie neben dem Schutz für Tiere und Pflanzen auch große Kohlenstoffreservoirs sind.

(Quelle: Kurier)

Im Interesse der Industrie: Warnung vor „Überschuldung“ des Staates und „teuren Wahlzuckerln“

Vorboten neuer Kürzungen bei der Bevölkerung nach der Wahl

Kanzler Nehammer hat Ministerin Gewessler wegen ihres Ja zur EU-Renaturierung die Zusammenarbeit, aber nicht die Koalition aufgekündigt. Vorgeschobener Grund: Kein koalitionsfreier Raum, kein „freies Spiel der Kräfte“ im Parlament, weil das wie schon in der Vergangenheit nur zu „teuren Wahlzuckerln“ führen würde.

Fast gleichzeitig warnte Prof. Badelt, Chef des Fiskalrats, vor einer Überschuldung des Staates. Ins gleiche Horn blies die Industriellenvereinigung (IV). Statt „teuren Wahlzuckerln“ fordert sie ein höheres Pensionsantrittsalter, länger arbeiten (41-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich), weitere Senkung der Körperschaftssteuer und der „Lohnnebenkosten“ um 4 Mrd. Euro., usw. Für die Industrie ist klar: „teuer“ ist alles, was nicht die Unternehmer bekommen.

Das weist auch das Momentum Institut nach (Kurier, 22.6.2024): Weder war das vielzitierte „freie Spiel der Kräfte“ 2008 so schlecht, noch stehe der Staat vor dem

Schuldenkollaps:

- So gingen 2008 bei den Vorwahl-Parlamentsbeschlüssen 2,2 Mrd. Euro an das untere und mittlere Einkommensdrittel, nur 200 Mio. Euro ans reichste Drittel
- Umgekehrt ist die Gesamtbilanz der Regierung. Bei Corona etwa wurde die Hälfte der Milliarden-Förderungen an Unternehmen ausgezahlt, die Gewinne geschrieben haben – das Steuergeld gar nicht gebraucht hätten (*oder denen es gar nicht zustand – wie etwa Benko-Signa und andere, Anm. d. Red.*)
- Von der Abschaffung der kalten Progression profitierten Besserverdiener viel mehr als Niedrigverdiener
- Die Senkung der Körperschaftssteuer, der Gewinnsteuer für Konzerne, reißt ein Loch in Staatsbudget von mindestens 1 Mrd. Euro jährlich. Dabei gehen drei Viertel der Steuersenkung nur an 3% der größten Konzerne

Fortsetzung letzte Seite

Unter Verdacht – Oberster EU-Militärstrategie, General Robert Brieger aus Österreich. Und die Rolle der FPÖ dabei:

Auch die FPÖ ist für die EU-Kriegsunion

Laut Medienberichten soll der Herr General neonazistische und antisemitische Verschwörungstheorien kommentiert und verbreitet haben (1). Nach einem ganz kurzen Aufschrei und auch einer Notiz der EU, dass alle Vorfälle dazu vollständig aufgeklärt werden müssten, kam – das große Schweigen im Walde. Warum wohl? Kriegspolitik und das Betreiben der Aushöhlung, Unterwanderung und letztlich Aufhebung der Neutralität Österreichs ist der EU so wichtig, dass die vorgeschobenen Werte wie Demokratie oder Vorgehen gegen Rechts nichts gilt. Im Gegenteil: rechte Scharfmacher gewinnen in den EU-Eliten immer mehr die Oberhand. Nicht erst jetzt nach der jüngsten EU-Wahl. Schon 2019 kooperierte die derzeitige Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen mit der rechts-rechten polnischen PiS, um sich deren Zustimmung zu ihrer Wahl zu sichern. Und auch jetzt wieder zeigt sich von der Leyen gegenüber den Rechten besonders freundlich, z.B. der neofaschistischen italienischen Ministerpräsidentin Meloni.

Der jetzt rechter Umtriebe überführte General Brieger wurde unter ÖVP-Kurz und FPÖ-Strache von FPÖ-Verteidigungsminister Kunasek 2018 als *"eh einer von uns?"* in den Generalstab gehievt und danach zu dessen Chef ernannt, von ÖVP und Grünen auch unter Zustimmung von Neos und SPÖ (2) 2022 als höchster EU-General in Brüssel installiert. *"Denn Vorsitzender aller Armee-Chefs der EU"* (so FPÖ-Kunasek zur Bestellung Briegers 2021) *"kann man nur aus der Funktion des Generalstabschefs werden"* (3) – und die hat FP-Kunasek Brieger verschafft.

General Brieger hat bei der deutschen Bundeswehr und NATO "gelernt" und führte 2001/02 das unter deutscher NATO-Führung stehende Kosovo-Kommando, 2011/12 das EUFOR-Kommando in Bosnien-Herzegowina. Laut Ex-FP-Verteidigungsminister (siehe oben) und Wikipedia bekannte sich General Brieger (obwohl angeblich kein Parteimitglied) schon früher eindeutig zur FPÖ-Politik.

Die FPÖ heuchelt Neutralität, betreibt aber auch wie die anderen neutralitätswidrige EU-Kriegspolitik

Dass gerade die FPÖ General Brieger in diese höchste EU-Militärfunktion protegierte und beförderte zeigt, dass die FPÖ entgegen ihrer Eigenpropaganda für die Neutralität und den Rückbau der EU zu sein, besonders in Sicherheits- und Militärfragen für eine noch zentriertere, starke, mit einer Stimme sprechende EU-Kriegsunion eintritt. Wie das? Schon 2019 hat sich FP-EU-Spitzenkandidat Vilimsky für das „Szenario 4“ des 2016/2017 erstellten „EU-Weißbuches zur Zukunft der Europas“ ausgesprochen (4) und dies auch beim jetzigen EU-Wahlkampf in der ORF-Pressestunde am 28.4.2024 ausdrücklich wiederholt und sich dafür geröhmt, dies in

der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017 - 2019) durchgesetzt zu haben. Was harmlos „Szenario 4“ klingt bedeutet lt. EU-Weißbuch Seite 29 in der EU-Außen- und Verteidigungspolitik:

„Die EU spricht mit einer Stimme zu allen Themen der Außenpolitik; eine Europäische Verteidigungsunion wird geschaffen“.

Die FPÖ ist also auch ausdrücklich für diese „EU-Verteidigungsunion“, sprich Kriegsunion! Das widerspricht eindeutig der immerwährenden Neutralität Österreichs, umso mehr als die „EU-Verteidigungspolitik“ sich schon längst und erst recht im Windschatten des Ukrainekrieges immer deutlicher als eine EU-Aufrüstungs- und Kriegspolitik entpuppt. **Während die FPÖ mit „EU-Wahnsinn“-Slogan wahlkämpft, führt auch die FPÖ die Menschen und ihre Wähler:innen hinters Licht und verschweigt, dass auch die FPÖ selbst diesen EU-Wahnsinn unterstützt und mitträgt.** Wer, genauso wie die anderen Parteien am EU-Kriegsrock hängt, will natürlich auch selbst in diesem EU-Kriegswahnsinn Posten und Ämter und einen Kommissar haben.

Daher verwundert es auch nicht, dass General Brieger, eben auch nicht von der FPÖ dafür kritisiert wird, wenn er immer wieder von den Medien hofiert und interviewt wird, wo er auch Österreich auffordert, mehr zur EU-Kriegspolitik, pardon: Verteidigungspolitik, beizutragen und kein Trittbrettfahrer zu sein. Zuletzt so geschehen im ORF-Beitrag zu 75 Jahre NATO (4). Welch Geisteskind der General ist und wofür er steht haben wir selbst auch schon in unseren früheren Zeitungen 2021 und 2022 ausführlich dargelegt (5).

Briegers Äußerungen zeigen: Der Herr General sah und sieht sich weder der Neutralität noch demokratischen Werten verpflichtet! Damit hat auch die FPÖ – und leider auch alle anderen Parteien – kein Problem. Ein Skandal!

Die Konsequenz muss sein: Schon gar nicht der „rechte“ Brieger, aber auch kein anderer Militär aus dem immerwährend neutralen Österreichs hat bei der militärischen Entscheidungsstruktur der EU-Kriegsunion etwas zu suchen! Im Gegenteil: Vertreter:innen des neutralen Österreichs müssen über die Folgen der EU auf dem Weg zur Kriegsunion die Öffentlichkeit vollständig aufklären und offensiv gegen eine EU-Kriegsunion auftreten. Das heißt: weder für direkte noch indirekte Waffenlieferungen und oder finanzielle Unterstützung solcher durch die EU, sondern für Waffenstillstand, Friedensvermittlung und Friedensverhandlungen, Abrüstung statt Aufrüstung und für ein Veto Österreichs gegen den EU-Kriegskurs.

Doch das Gegenteil findet statt: Was nämlich derzeit von Österreichs Vertreter:innen aller Parteien und

Institutionen in den zivilen und militärischen EU-Gremien und durch Industrielobbys praktiziert wird ist das volle Mitmachen bei der „Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GASP und GSVP) der EU. Bei direkten Kriegsfragen wird – soweit bekannt – „bestenfalls“ die sogenannte „konstruktiver Enthaltung“ betrieben. Das bedeutet, dass Österreich zwar formal sich der Stimme enthält, nicht direkt mitmacht, aber indirekt schon. Denn damit werden alle Finanzmittel für Aufrüstungs- und Kriegsmaßnahmen der EU nicht blockiert, sondern durchwinkt und freigegeben. Das heißt, Österreich finanziert und trägt so über seinen EU-Mitgliedsbeitrag die EU-Kriegsmittel und EU-Kriegspolitik mit. Österreichs Vertreter:innen machen unser Land so entgegen dem Neutralitätsgesetz und dem überwältigendem Willen der Bevölkerung zum Mittäter. Mit politischer, wirtschaftlicher und/oder militärischer Neutralität ist das nicht vereinbar!

-
- (1) <https://www.profil.at/morgenpost/schwere-vorwuerfe-gegen-obersten-eu-general-brieger/402869768>
 - (2) APA: OTS0193, 20. Mai 2021, 13:51; OTS0017, 9. Sept. 2018, 12:18
 - (3) APA: OTS158, 20. Mai 2021, 12.34
 - (4) Kurier, 25.2.2019; <https://kurier.at/politik/inland/die-zwei-gesichter-des-harald-vilimsky/400416923>
 - (5) ORF-Pressestunde, 28.4.2024, Minute 7 – 8: https://www.youtube.com/watch?v=LInBH_Eig_Y
 - (6) ZIB 2 History: 75 Jahre NATO vom 03.04.2024 um 22:29 Uhr – ORF-TVthek
 - (7) siehe: Wer ist General Brieger, in GGAE-Zeitung Nr. 2, Juli 2021, Seite 2-3: www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2021/06/GGAE_2-21_HP_end.pdf und in Soli-Zeitung Nr. 159, Oktober 2022, Seite 7: www.prosv.at/wp-content/uploads/2023/03/oesk_159_HP_Okt.-2022.pdf



Angriff auf Österreichs Neutralität

Industriellenvereinigung, ORF und Puls24 machen Stimmung für NATO-Beitritt Österreichs

Ex-NATO-Generalsekretär Rasmussen, nunmehr Berater der ukrainischen Regierung, fordert von Österreich die Aufgabe seiner Neutralität wie Schweden und Finnland. Wo bleibt der Protest von Regierung, Bundespräsident und Parteien?

Der in der "ZIB 2" und in "Puls24" am 15.4.2024 interviewte und auch zur Neutralität Österreichs befragte Ex-NATO-Generalsekretär Rasmussen war für die NATO-Osterweiterung in den 2010er Jahren verantwortlich und ist aktuell Berater für die ukrainische Regierung.

Rasmussen als "Experten" für die Erlangung von Frieden in der Ukraine bzw. zur Neutralität Österreichs zu befragen und auftreten zu lassen, bedeutet so viel wie den Hund auf die Knackwurst aufpassen zu lassen.

Interessant und bezeichnend: Der Ex-NATO-Chef und Berater der ukrainischen Regierung weilte auf Einladung der Industriellenvereinigung in Wien. Wozu lädt die Industriellenvereinigung (1) einen Ex-NATO-Chef ein?

Rasmussen behauptete in den Interviews, dass nur ein sofortiger NATO-Beitritt der Ukraine Frieden bringen könne und dass die Neutralität Österreichs zwar im Kalten Krieg seine Berechtigung gehabt hätte, aber in Zeiten von heißen Kriegen nicht mehr gelten sollte und meinte, Österreich solle es wie Finnland und Schweden machen, die der NATO beigetreten sind (2).

Doch: Gerade in heißen Kriegen ist Neutralität wichtiger denn je. Eine weitere Aushöhlung oder gar eine Aufgabe der Neutralität und ein NATO-Beitritt bedeutet indirekte oder gar direkte Kriegsteilnahme Österreichs.

-
- (1) https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240416_OT_S0007/impulse-vom-schwarzenbergplatz-auftakt-mit-anders-fogh-rasmussen
 - (2) <https://tvthek.orf.at/profile/Langfassung/13893271/Langfassung-Ex-NATO-Chef-Rasmussen-im-Interview-Englisch/14222551?meta=suggestion&query=rasmussen&pos=1>
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240415_OT_S0142/ex-nato-generalsekretar-rasmussen-bei-heiss-umfehdet-auf-puls-24-sollten-in-europa-auf-kriegswirtschaft-umstellen

Raubbau an der Natur:

A4 Ost-Autobahn-Erneuerung zwischen Knoten Prater und Knoten Schwechat

Ein aktuelles Beispiel über unnötigen Landschaftsverbrauch und Kapitalisierung von Naturflächen ist die geplante Generalerneuerung des bereits 4-spurigen Straßenabschnittes zwischen Knoten Prater und Knoten Schwechat.

Nachdem Anfragen entsprechend dem Umweltinformationsgesetz nur sehr dürftige Antworten gebracht haben, konnte erst durch ein geleaktes Dokument das genaue Ausmaß des Straßenbauvorhabens in Erfahrung gebracht werden.

Für hohe Aufmerksamkeit und Empörung hatten im Vorfeld durchgesickerte Informationen Baumfällungen von etwa 1300 Einzelbäumen (genau 1342 ohne fruchttragende Bäume) und Verengung eines attraktiven Straßenstückes für RadfahrerInnen von 6 Meter auf nur mehr 3 Meter (wenn technisch möglich 4 Meter...) gesorgt.

Ein Großteil der Bäume, Sträucher und Wiesenteile befinden sich auf dem Grund der Bundesstraßenverwaltung der Republik Österreich.

Aus den zugespielten Unterlagen der teilstaatlichen Auftragsfirma ASFINAG wurde die überdimensionierte Größe der Generalerneuerung bald klar. Wobei Fragen des wirklichen Flächenverbrauchs, Interpretation einer Verkehrserhebung mit Horrorszenarien für die direkt betroffenen Wiener Bezirke Landstraße, Leopoldstadt und Simmering durch unübersichtliche, unvollständige Projektunterlagen offengeblieben sind. Dies konnte auch bei einer verkehrswissenschaftlichen Diskussion an der TU Wien am 4.6.2024 festgestellt werden. Bei dieser Veranstaltung blieben ein/e Vertreter:in der Stadt Wien (Bewilligungsverfahren für Wasser-, Forst-, Umweltschutz- u. Baustellenrecht) und der ebenfalls eingeladene ASFINAG Projektleiter OST fern. Letzterer war der Meinung eine Diskussion auf der TU für Verkehrswissenschaften wäre kein neutraler Ort dafür. Dies erzeugte ziemlichen Ärger beim Vorstand dieses Institutes, Univ. Prof. Dr. Günther Emberger. Wo denn sonst als hier sollte über verkehrsrelevante Großprojekte gesprochen werden? Nachdem BM Leonore Gewessler den Ausbau einer 3. Autobahnspur verhindern konnte, haben es die ASFINAG-Planer mit einer kreativen Umplanung nun mit einer insgesamt Platzausweitung u.a. mittels breiterem Pannestreifen und eigener Autobahnservicespur versucht.

Bei der A4 Ostautobahngeneralerneuerung werden zwei Brücken und eine Rad- und eine Fußwegunterführung verbreitert (Länge von 6,8 km plus eine Baustellenzone von mindestens 10 bis 20 Meter links und rechts der A4.). Weder die Bezirksvorstehung von Simmering (die meisten Baumfällungen und Ersatzlebensräume für Zauneidechsen), noch die von Landstraße und Leopoldstadt haben es für nötig gehalten zumindest

Informationsveranstaltungen für BürgerInnen zu organisieren. Wie zum Hohn verwies die ASFINAG bloß auf einen Bericht vom Falter – das soll der Ersatz für Bürger:inneninformation sein?



Foto: radelinfuture.at

Aufgrund der Unterschreitung der Projektlänge auf weniger als 10 km muss auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden. „Scheibchenweise“ Generalerneuerung kann so über viele Kilometer Richtungsfahrbahn entweder nach Ungarn oder Wien durchgeführt werden.

Trotz „temporärer“ Fällung vieler auch für den Artenschutz wertvoller Laubbäume wie Schwarz-, Silber- und Graupappeln, sowie Wildblumengraswiesen entlang der Autobahn und der gerne genutzten Fahrradstraße nach Albern oder Kaiserebersdorf, wurde versucht das A4-Generalsanierungsprojekt nur als „Wunschprojekt“ der ASFINAG darzustellen. Es sei einfach kein Projekt der Stadt Wien. Sogar die Verkehrs(ver)planungsstadträtin Ulrike (Ulli) Sima verwies in einer ersten Anfrage auf ihre Unzuständigkeit (!). Die Stadt Wien tritt aber nach vorliegenden Projektplänen Eigengrund ab (geschätzt zwischen 16.800 bis 24.000 m²). Ebenso lässt sie ein Auwaldstück mit über 14.000 m² „temporär“ fällen und davon gehen über 1300 m² dauerhaft verloren.

So werden auf Dauer Flächen auf Kosten von Arten- und Klimaschutz in Form von Betonierung, Asphaltierung, Beleuchtungsversetzung, zusätzliche „Autobahnbetreuungswege“ parallel zum Richtungsfahrbahnbestand, großzügige Banketts durch „Funktions-Umwandlung“, zerstört und so für die Wirtschaft kapitalisiert, sprich profitabel gemacht. Landschaft als solche wird ökologisch ausgeklammert. Negative Auswirkungen auf die bestehende lokale Luftleitbahn Donaukanal **mit den** derzeitigen Auwald Baumbeständen werden in Kauf genommen. Verschlechterung von Luftkühlungseffekten und negativen Auswirkungen auf bewohnte Gebiete werden praktisch nicht berücksichtigt.

Was bei diesem Autobahngeneralenerneuerungsprojekt besonders aufgefallen ist,



sind bereits vorher völlig neu geschaffene Ersatzlebensräume für Zauneidechsen, möglicherweise Wechselkröten, Schmetterlinge, Heuschrecken und Schnecken. Dazu wurden mit enormem Aufwand umzäunte Areale geschaffen, in die eingefangene Tiere (vorwiegend Eidechsen) eingesetzt wurden oder werden.

Großer Aufwand und kein wirklicher Ersatz. Ungeheuerlichkeit wird behübscht. Aktuell wurden entlang der Erdberger- und Simmeringer Lände weitere Ersatzbiotope ausgehoben, mit Sand und Astwerk bestückt und mit Maschendrahtumzäunung ausgestattet. Notwendig geworden ist diese Maßnahme nur wegen der überzogenen Verbreiterung des Autobahnareals. Gerechtfertigt wird diese Zerstörung von Natur, da im Norden Wiens 90 Hektar ehemaliges, verwildertes Bahngelände künftig als Natura 2000 Gebiet definiert nicht nur Zauneidechsen dauerhaften Schutz bieten soll. Die geplante Brückenverbreiterung könnte auch mit dem von der Stadt Wien noch immer betriebenen Lobautunnel-Projekt zusammenhängen (siehe dazu: <https://lobau.org/>) und überdies einen militärischen Hintergrund haben, was vermutlich indirekt Vorgaben der EU/NATO entspricht (siehe: [Europäische Verteidigung stärken: EU-Vorschläge für militärische Mobilität - Europäische Kommission \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eu-press/en/eu-proposals-for-military-mobility))



**Deutschland:
Atom Mülllager
Asse droht
einzustürzen**

„Verbrechen an der Bevölkerung“ *

Seit den 1970er Jahren Atomgegner:innen auf die Gefahren der Lagerung radioaktiven Atom Mülls im Salzstock Asse, im früheren Salzbergwerk im niedersächsischen Landkreis Wolfenbüttel, hingewiesen. Wegen unkontrolliertem Wassereintritt droht über kurz oder lang eine tödliche radioaktive Verseuchung des Grundwassers.

1967 wurde die Schachanlage Asse II zum „Versuchsendlager“. In den 13 Kammern des Stollens landeten fortan rund 126.000 Fässer mit insgesamt 104 Tonnen Uran, 29 Kilogramm Plutonium, weiters, Arsen, schwach- und mittelaktiver Atom müll sowie Chemieabfälle – alles wild durcheinander.

Es gab früh Stimmen die vor einem Wasserproblem gewarnt haben, sagt Bürgermeister Dirk Neumann. Sie wurden nicht gehört. Erst Ende der 1980er Jahre wird das öffentlich ruchbar. Doch die Regierung und die Betreiber reagierten nicht. Erst 2013 beschloss man die Rückholung der Fässer und Abfälle. Geschehen ist nichts. Schon wurden Lagerkammern wegen Einsturzgefahr unwiderruflich verschlossen. Durch ein viel zu niedriges Abluftrohr gelangt radioaktiv verseuchte Luft in die Umgebung. Durch einen Schlauch wird zwar eintretendes Wasser abgepumpt. Doch jetzt kommt kaum noch Wasser aus dem Salzstock. Der gesamte Salzstock ist in Bewegung. Das Wasser rinnt, keiner der „Experten“ weiß, wohin. Ein „Absaufen“ des Atom mülllager-Bergwerks droht. Doch die „Experten“

beruhigen schon wieder, dass das nicht so schnell gehen würde. Der „Notfallplan“ sehe am Ende die Flutung der Asse mit den höchst-radioaktiven Uran- und Plutoniumfässern vor, die sich durch Wassereintritt langsam aber sicher auflösen und die Radioaktivität, bis hin zum absolut tödlichen Plutonium, freigeben. Zuvor sollen die Hohlräume mit Beton verfüllt und dann eine Magnesium-Chlorid-Lösung in den Salzstock eingelassen werden, um alle Löcher dicht zu machen. So die Theorie. Kritiker und Anti-Atom-Aktivist:innen befürchten, dass sich Druck aufbauen und die Lösung nach oben pressen wird. Das hochradioaktiv vergiftete Wasser aus den Stollen mit den gebersteten Atom müllfässern könnte so ins Grundwasser gelangen. Die Profiteure haben die Atombetreiber jahrzehntelang eingestrichelt. Jetzt bleibt die Allgemeinheit auf den Kosten und den tödlichen Gefahren sitzen.

Und da traut sich die alte und neue Atommafia von AKWs als Ausweg aus der Klimakrise zu reden und weiter zu werkeln. So wird laut deutschen Atomgegner:innen beim deutschen „Endlager“-Projekt „Schacht Konrad“ nicht aus den Fehlern von Asse und Gorleben gelernt. Wieder wird ein nicht geeignetes altes Bergwerk (ehemalige Eisenerzgrube in Salzgitter) hergenommen, wieder werden dafür Milliarden versenkt.

Wenn es nach der Atomlobby geht, sollen zu den bisherigen noch weitere Verbrechen an der Bevölkerung kommen. Das dürfen wir um unsere Gesundheit und unser Leben willen nicht zulassen!



Quellen: Die Zeit, 29.5.2024; * Dirk Neumann, Bürgermeister der Gesamtgemeinden Elm-Asse; www.ausgestrahlt.at

Auf Kosten der Bevölkerung ...

- Auch die Senkung der als „Lohnnebenkosten“ verunglimpften, jedoch von den Arbeitern und Angestellten erarbeiteten, bloß von den Unternehmern an die Finanz abgeführten Sozialversicherungsbeiträge, wurden gesenkt. Die Hälfte der Ersparnis daraus, also der Zusatzprofite daraus, gehen an die größten Unternehmen Österreichs
- Was die Überschuldung betrifft: Allein die Unternehmenssteuern wieder auf das alte Niveau zu heben brächte doppelt so viel wie der vom Fiskalrat genannte Einsparungsbedarf
- Ebenso würde allein die Rückführung aller Sozialversicherungs-Senkungen für die Unternehmer seit 2014 das Fiskalrat-Sparziel erfüllen
- Mit der Einführung von Vermögenssteuern, für die sich eine klare Mehrheit der Bevölkerung ausspricht, und von denen selbst Prof. Badelt im ZIB 2-Interview sagte, dass sie bei uns im internationalen Vergleich sehr gering sei und er vermute, dass die nächste Regierung daraus die Konsequenzen ziehen werde, wäre das Fiskalrat-Sparziel übererfüllt

Manöver Schutzschild 24

Österreich, Aktivisten, die mit dem Aggressor sympathisieren, bekämpfen. Siehe:

<https://www.bundesheer.at/news-ticker-schutzschild-24>

Das ist mehrfach ungeheuerlich: Hier wird Bürgerkrieg mit Hilfe des Bundesheeres geübt (das hatten wir schon einmal, 1934!). Alle, die dagegen sind, dass Österreich zum Durchmarschgebiet für fremde Truppen gemacht wird, dass unser Land in einen Krieg hineingezogen wird, also alle, die für die Neutralität sind, werden so zu Staatsfeinden im eigenen Land erklärt, die bekämpft werden müssen. Ein „Schelm“ der dabei an den konkreten Ukrainekrieg denkt und daran, dass die USA/NATO/EU verstärkt durch Österreich Nachschub an die ukrainisch-russische Front liefern.

Nein zur Kriegsteilnahme

Ja zur Neutralität

**Gegen die Kriegstreiber in Ost und West
und im eigenen Land!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. **Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen
Das Redaktionsteam*

Österreichische Post AG
SM 20Z042140 S
Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

**BIC: BAWAATWW; Empfänger*in: GGAE OESK,
Verwendungszweck: Spende**



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida.

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum